

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/232

4. Dezember 1972

Ganz und gar an der Seite der BRD

West-Berlins gesicherte Stellung nach den
Verträgen

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Vor-
sitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Coalition der Loyalität

Anmerkungen zu einem Kanwer-Wort

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Auf dem Wege zum Realismus

Zu einer Stellungnahme der "Südostdeutschen
Landsmannschaft"

Seite 5 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckerl
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhause I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847
888 849 PPP C

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ganz und gar an der Seite der BRD

West-Berlins gesicherte Stellung nach den Verträgen

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Wir sind erleichtert darüber, daß es mit der Politik der Entspannung so weiter geht wie in den vergangenen drei Jahren. Und wir sind froh darüber, daß die Politik fortgesetzt wird, die Berlin ins Zentrum der Bemühungen um Sicherung des Friedens gerückt hat. Das garantiert uns in Berlin also vor allem Kontinuität, die für uns gleichbedeutend ist mit fortschreitender Verbesserung unserer Lage.

Die Grundlagen dafür sind der Moskauer und der Warschauer Vertrag, natürlich das Berlin-Abkommen und neuestens der Vertrag über die "Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik". Wir gehen jetzt daran, auf diesen Verträgen aufzubauen und den Rahmen, den sie gesetzt haben, mit Leben, mit Praxis zu füllen. Wenn ich den Stand der Dinge in ein Bild setzen darf, dann verhält es sich augenblicklich so, daß wir das Terrain zur Sowjetunion und ihren Verbündeten und zur DDR geebnet, einige Zugangsstraßen eingerichtet und auf vertragsgesichertem Fundament die Gebäude konstruiert und errichtet haben. Das ist, zumal an den früheren Verhältnissen gemessen, gewiß viel. Aber beliebt ist das Gebiet noch zu wenig. Da müssen Geschäfte und Wirtschaft und Handel hinein, vielfältige Beziehungen, kulturelle wie sportliche und andere. Darum geht es jetzt.

Das wird auch in Zukunft nicht so ganz leicht sein. Wir wissen, daß es Widerstände verschiedener Art gibt. Aber wie bisher, so werden wir auch zukünftig in angemessener Form mit ihnen fertig werden. Die außerordentlich positive Aufnahme des Wahlergebnisses vom 19. November bei unseren Freunden und Verbündeten im Westen und bei den Vertragspartnern im Osten ist für uns ein ausgezeichnetes Startkapital zur Fortsetzung unserer Bemühungen, auch und gerade West-Berlin im Inneren und - wo möglich - in seinen Außenbeziehungen konstruktiv weiterzuentwickeln.

Wir können heute sagen, daß Berlin in einer beinahe kaszinierend selbstverständlichen Weise aus der Situation des wirklichen oder möglichen Krisenherdes in Europa heraus ist. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin ist ebenso unstrittig, wie es die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik sind. Der ungehinderte Zugang für Personen und Güter auf den Land- und Wasserwegen nach Berlin ist nur noch für diejenigen ein Erleb-

nis, die erstmalig seit dem Inkrafttreten des Berlin-Abkommens nicht per Flugzeug in unsere Stadt kommen. Und der Reise- und Besucherverkehr läuft und läuft.

Auch von manchem anderen wird kaum noch gesprochen. Das Telefonieren ist immer noch etwas mühsam, aber es ist eben möglich, und vieltausendfach wird davon Gebrauch gemacht. Ein großer Erfolg für uns war, daß wir uns mit der DDR über das Ablagern von Abfallstoffen in der Umgebung Berlins haben einigen können. Und wenn irgendwo Schwierigkeiten auftreten, dann sprechen wir mit denen in Ostberlin, die zuständig sind.

Ich stelle anheim, sich zu erinnern, wie es mit alledem in und um Berlin noch vor drei Jahren aussah. Mittlerweile ist manches schon Gewohnheit geworden, wovon viele damals nicht einmal zu träumen wagten. Und in diesem Sinne muß es nicht nur weiter vorgehen, in diesem Sinne ist es auch mittlerweile weiter vorangegangen.

Der Verkehrsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten findet Anwendung auf West-Berlin. Und im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist West-Berlin in der Form, in der das nur geschehen kann, voll befriedigend einbezogen. Es ist sichergestellt, daß die Vertretung der Interessen West-Berlins in der DDR durch den ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin wahrgenommen wird, daß künftige Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf unsere Stadt ausgedehnt werden können und daß die Vereinbarung über die Arbeit von westdeutschen Journalisten in Ost-Berlin und in der DDR sinngemäß auch auf die West-Berliner Journalisten angewendet wird.

Das alles bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß unsere Stadt unter Beachtung der Rechte der Schutzmächte ganz und gar an der Seite der Bundesrepublik Deutschland auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auftritt. Wir haben also jetzt in West-Berlin eine gesicherte Gegenwart und eine verlässliche Zukunft. Nach alledem, was die Stadt und ihre Bewohner in der Vergangenheit haben durchmachen müssen, ist das, meine ich, sehr viel.

West-Berlin kann nun seinen Weg auf zunehmend normalere Verhältnisse fortsetzen. "Normal" steht dabei gegen Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, es ist kein Synonym für Langweile oder Schläfrigkeit. Im Gegenteil: Wir werden dafür sorgen, daß Berlins Attraktivität immer mehr die Attraktivität einer normalen Millionenstadt in Deutschland und einer lebendigen Metropole in Europa wird. (-/4.12.1972/bgy/ex)

+ + +

Koalition der Loyalität

Anmerkungen zu einem Kanzler-Wort

Die Bonner Koalitionsgespräche - Verhandlungen über die Koalition brauchten nicht mehr stattzufinden, weil der 19. November die Wählerbestätigung für die feste Absicht von SPD und FDP gebracht hat; die Koalition von 1969 bis 1972 zunächst für weitere vier Jahre fortzusetzen - haben neben den Alarmmeldungen über die internen Zerwürfnisse bei CDU und CSU begreiflicher- und berechtigterweise ihren Seite-eins-Platz in den Zeitungen und ihre Vorrangigkeit auf den Bildschirmen gefunden. Diese Gespräche sind bisher, weil sie von beiden Seiten in voller Sachlichkeit und mit dem Ziele einer allseits brauchbaren Lösung geführt wurden und werden, erheblich unsensationeller verlaufen als das eine engagierte Berichterstattung wahrhaben und weitergeben will.

Dieses Positivum der ersten Nachwahlwochen sollte einmal ganz betont hervorgehoben werden, weil eine Flut von Schlagzeilen und Kombinationskommentaren über den sachlichen und den personellen Aspekt dieser Koalitionsgespräche den nüchternen Grundtatbestand manchmal zu verschleiern droht. Eine in ihren inneren Wirren verstrickte "Union" versucht zudem mit emotionalen Ergüssen den alten Trick, den Blick des Lesers und Zuschauers von der existenziellen Not in den beiden "Unions"-Parteien abzulenken, die sich plötzlich nur noch durch einander überschneidende Gruppeninteressen "verbunden" sehen.

Man wird also damit rechnen können, daß die Elemente einer gemeinsamen und tragfähigen Koalitionsarbeit in den nächsten Tagen so aneinandergereiht sein werden, daß die per-

sonellen Besetzungskonsequenzen dann in ebensolcher Sachlichkeit rasch gezogen werden können. Alle diese Feststellungen brauchen nicht die auf der Hand liegende Tatsache zu verdecken, daß die beiden Koalitionsparteien ganz natürlicherweise keinen Einheitsbrei führen. Das wird kaum jemand erwartet haben, und wer dennoch schließen möchte, daß es, zumindest unterhalb der Parteivorsitzenebene, zu koalitionsbedrohendem Gerangel gekommen sei oder noch kommen werde, der sollte seines vermeintlichen Glückes nicht beraubt werden.

Die Kanzler-Erklärung vom Sonntag erfaßt einen ganz anderen Bereich. Willy Brandt hat in seiner gradlinigen Art darauf hingewiesen, daß beide Koalitionsparteien, die SPD und die FDP, entschlossen sind, diese koalitionsbewahrende und koalitions-sichernde Loyalität, die sie gemeinsam die ersten drei Jahre der Zusammenarbeit so gut überstehen ließ, nunmehr, auf der beiderseits erfreulichen Erfahrung fußend, noch mehr und stärker denn bisher als Schutzmantel und als steten Ansporn zugleich zu hüten und zu pflegen. Diese Loyalität legt beiden Seiten Verpflichtungen auf, und diese Kooperationsverpflichtung, die vor allem auch Fairneß verlangt, wird in den vier Jahren der VII. Legislaturperiode sicher hier und da gefordert werden.

Wenn Willy Brandt dann noch mahnt, daß keine der beiden Parteien ihr Konto überziehen soll - das Konto des Vertrauens der Wählermehrheit und das Konto der Koalitionsloyalität -, dann werden beide Seiten dafür zu sorgen haben, daß Verstöße gegen dieses gewichtige Kanzlerwort nur höchst sporadische Fehlleistungen bleiben. Das schließt auch und gerade verbale Ausrutscher ein: auf beiden Seiten. (ee/4.12.1972/bgy/ee)

+ + +

Auf dem Weg zum Realismus

Zu einer Stellungnahme der "Sudetendeutschen Landsmannschaft"

Eine Rede des Sprechers der "Sudetendeutschen Landsmannschaft", Dr. Walter Becher, vor den Führungsgremien dieser Landsmannschaft verdient aufmerksam registriert zu werden. Sie erhält bisher von dieser Seite ungewohnte und auch unerwartete Töne, und sie läßt einen Zug zum Realismus erkennen. Das war nicht immer so. Sind das schon die Auswirkungen des Wahlausganges vom 19. November?

Es geht um die geschichtliche Bewertung des Münchner Abkommens. Im Bewußtsein der Völker ist es als ein Akt der Erpressung eingegangen, als düsteres Vorspiel zu den von Dritten Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieg. Der Streit darüber, ob dieses Abkommen völkerrechtlich gültig oder nicht gültig war, bewegte viele Jahre lang die Gemüter und erweist sich auch heute noch als ein schwerer Bremsklotz auf dem Weg der Bemühungen, auch mit Prag, so wie es mit Moskau und Warschau geschah, ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende zur Verständigung und zum vertraglichen Ausgleich zu kommen.

Bundeskanzler Willy Brandt hat schon früher eine Formel gefunden, die den geschichtlichen Tatsachen und den Notwendigkeiten von heute Rechnung trägt. Sie besagt, daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungerecht gewesen sei und heute ungültig ist. Das war der Versuch eines Brückenschlags. Früher geäußerte Befürchtungen der "Sudetendeutschen Landsmannschaft", die Bundesregierung werde geschichtliche Fakten negieren, sind dadurch hinfällig geworden. Auf der Basis einer solchen Formel läßt sich die in Bechers Rede angelegte Versöhnung und Wiederbegegnung mit dem tschechischen Volk ohne Vorbedingungen erreichen, wobei hervorzuheben ist, daß die Bundesregierung ihre Verhandlungen mit Prag nie hinter dem Rücken der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" geführt hat. Der Sprecher der Sudetendeutschen hat dies in seiner Münchner Rede anerkannt und sich ausdrücklich für die Konsultation und Kooperation zwischen Landsmannschaft und Bundesregierung bedankt.

Ein Wandel zu realistischen Betrachtungsweisen scheint sich auch in den Ländern des Ostblocks zu vollziehen. Im Kommuniqué über den Breschnjew-Besuch in Budapest wird nicht mehr darauf bestanden, daß als Voraussetzung für den Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen Bonn und Prag die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens "von Anfang an" erfolgen müsse. Dies ist ein bemerkenswerter Fortschritt in einer überaus heiklen Frage von europäischer Bedeutung und er dürfte auch seine Wirkung in Prag nicht verfehlen. Die letzten Erklärungen des tschechoslowakischen Parteichefs Dr. Gustav Husák liessen schon eine gewisse Bereitschaft und Auflockerung erkennen, von einem Standpunkt abzugehen, der sich nicht halten läßt und der den Weg zur Verständigung mit Bonn blockierte.

Wenn nicht alles täuscht, stehen die künftigen Verhandlungen zwischen Bonn und Prag unter günstigeren Vorzeichen. Sie werden von beiderseitigem Sinn für Realitäten bestimmt sein und auch von dem Willen, die Schatten des Münchner Abkommens hinter sich zu lassen.

(ae/4.12.1972/ks/ec)